

DIE SKANDINAVISCHEN KOALITIONSDEMOKRATIEN

Erscheint in:

**Frank Decker / Eckhard Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der
Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: Nomos.**

Sven Jochem

Universität Konstanz

Mail: sven.jochem@uni-konstanz.de

Zeichen: 65.787 (incl. Leerzeichen)

Datum: 04.07.2012

1 Einleitung¹

Skandinavien steht für viele als Sinnbild effektiver Minderheitsregierungen. Spätestens seit der wegweisenden Studie von Kaare Strøm zum Minderheitsparlamentarismus² hat sich diese Einschätzung als Gemeingut in der politikwissenschaftlichen Literatur etabliert. Die Logik der nordischen Koalitionsdemokratien ist aber bunter und vielschichtiger als gemeinhin angenommen. So waren einer empirischen Erhebung zufolge im Zeitraum von 1945 bis 2003 ca. 87 Prozent aller dänischen Regierungen ohne parlamentarische Mehrheit, für Schweden und Norwegen betragen die entsprechenden Werte 69 bzw. 68 Prozent.³ Damit sind diese Länder führend im Vergleich der klassischen OECD Staaten. In Finnland ist die Situation hingegen grundlegend anders. Dort dominieren Koalitionen mit breiter parlamentarischer Mehrheit; der Anteil der Minderheitsregierungen im genannten Zeitraum beläuft sich auf lediglich 28 Prozent – diese Minderheitsregierungen lenkten vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit die finnischen Staatsgeschicke. Auch in Island stellen Minderheitsregierungen eine Ausnahme dar (der Wert im genannten Zeitraum beträgt lediglich 8 Prozent), allerdings wird die Politik der Inselrepublik im Atlantik nicht wie in Finnland durch übergroße parlamentarische Mehrheiten geprägt.

Intention dieses Beitrages ist es, die historische Dynamik der Koalitionsregierungen in Skandinavien zu analysieren und auf ihre Bestimmungsgründe hin zu untersuchen.⁴ Es wird im Folgenden die These vertreten, dass Minderheitsregierungen in Skandinavien eher Auslaufmodelle zu sein scheinen, auch wenn sie durchaus noch vorkommen. Allerdings streben die politischen Akteure – anders als noch in den 1970er und 1980er Jahren – kaum mehr solche Formen des parlamentarischen Regierens aktiv an. Hier zeigt sich, dass die Pluralisierung der Parteiensysteme und das Schwinden sozialdemokratischer Macht Minderheitskoalitionen als stabile Koalitionsform erschweren. Die finnische Politik übergroßer Koalitionen hingegen erodiert ebenfalls. Dort fallen jedoch pragmatische

¹ Für die exzellente Forschungsassistentz möchte ich mich sehr herzlich bei Kathrin Ackermann bedanken. Alle Irrtümer und Ungenauigkeiten verbleiben in meiner alleinigen Verantwortung.

² Vgl. Kaare Strøm, *Minority Government and Majority Rule*, Cambridge 1990.

³ Diese und die folgenden Daten sind entnommen aus: Flemming Juul Christiansen/ Erik Damgaard, *Parliamentary Opposition under Minority Parliamentarism: Scandinavia*, in: *The Journal of Legislative Studies* 14 (2008), 46-76, hier 49.

⁴ Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf: David Arter, *Democracy in Scandinavia*, Manchester 2006; David Arter, *Scandinavian Politics*, Second Edition, Manchester 2008; Torbjörn Bergmann / Kaare Strøm (eds.), *The Madisonian Turn. Political Parties and Parliamentary Democracy in Nordic Europe*, Michigan 2011 (vgl. auch die zum Buch gehörende Datenbank unter <<http://www.erdda.se/index.php/projects/nordic/madisonian/data-archive>>); Sven Jochem, *Die politischen Systeme Skandinaviens*, Wiesbaden, 2012.

Parteieliten auf diesen Modus immer dann zurück, wenn sie konkrete »policy-Optionen« realisieren möchten. In allen nordischen Ländern zeigt sich, dass die erstarkenden rechtspopulistischen Parteien die Suche nach stabilen parlamentarischen Mehrheiten zusätzlich erschweren.

Im ersten Analyseschritt wird im Folgenden die historische Dynamik der nordischen Parteiensysteme kurz analysiert. Daran schließen sich in zwei Schritten Fallstudien zu den vier großen nordischen Demokratien an, in denen in kausalanalytischer Absicht die jüngste Logik der Koalitionsbildung aufgezeigt wird. Im letzten Abschnitt dieses Beitrages werden die Befunde zusammengefasst, offene Forschungsfragen formuliert und die Frage erörtert, was die bundesdeutsche Politik aus den nordischen Erfahrungen lernen könnte.

2 Historische Dynamiken des Parteienwettbewerbs in Skandinavien

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg existierte ein »klassisches« Fünf-Parteien-System in Skandinavien. Auf der linken Seite des politischen Spektrums dominierte mit Ausnahme Finnlands und Islands in allen nordischen Ländern die Sozialdemokratie. Die eher kleinen kommunistischen – und seit den 1990er Jahren linkssozialistischen – Parteien dienten nicht selten als implizite Mehrheitsbeschaffer für sozialdemokratische Minderheitsregierungen. Im sogenannten bürgerlichen Lager existierten liberale und konservative sowie – als prägendes Kennzeichen Skandinaviens – agrarisch geprägte Zentrumsparteien.

In dieser goldenen Phase des nordischen Parteienwettbewerbs, die bis Mitte der 1970er Jahre andauerte, konnten die sozialdemokratischen Parteien in Dänemark, Norwegen und Schweden durch eine Strategie des »Herrschens und Teilens« eine dominante und mitunter hegemoniale Position aufbauen. In Finnland hingegen sah sich die Sozialdemokratie (SDP) einer mächtigen Zentrumspartei (KESK) gegenüber. Dieser bipolare Wettbewerb, die weitere Diversifizierung des Parteiensystems sowie verfassungsrechtliche Mehrheitserfordernisse in zentralen Politikbereichen wie der Haushaltspolitik machten übergroße Koalitionen in Finnland zur vorherrschenden Regierungsform. Das »goldene Zeitalter« übergroßer Koalitionen ruhte dabei auf der effektiven Zusammenarbeit zwischen der Zentrumspartei sowie der Sozialdemokratischen Partei Finnlands. Diese Koalition wurde von unterschiedlichen kleineren Parteien erweitert. Über viele Jahre der Nachkriegszeit hinweg war es vor allem die liberal-ethnische Schwedische Volkspartei (SFP), die als quasi »natürliche« Regierungspartei in den Regierungen mit vertreten war. Nicht selten erreichten

die übergroßen Koalitionen einen Anteil von 60 bis 70 Prozent aller parlamentarischen Mandate (vgl. Tabelle 4, unten). Lange Zeit dominierte in den finnischen Wahlkämpfen lediglich die Frage, ob die Sozialdemokratie oder die Zentrumsparterie in den Wahlen die relative Mehrheit erreichen und folgerichtig als stärkste Fraktion des Parlaments den Regierungschef stellen durfte.

Die dänische »Erdrutschwahl« im Jahr 1973 beendete die Vorstellung von einem stabilen und »eingefrorenen« Fünf-Parteiensystem im Norden schlagartig. Die fünf traditionellen Parteien konnten nur noch 63 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und sechs neue Parteien schafften den Sprung ins dänische Parlament. Zwar blieb eine solche »Eruption« der Parteienlandschaft in den anderen nordischen Ländern (zumindest in diesem Ausmaße) bislang aus. Allerdings konnten auch hier neue Parteien in den Parlamenten Fuß fassen und das klassische Fünf-Parteien-System des Nordens schrittweise untergraben. Sowohl die Etablierung der Grünen Parteien als auch (und vor allem) die Etablierung genuin rechtspopulistischer Parteien verändern seither die Logik des nordischen Parteienwettbewerbs.

Die *Grünen Parteien* des Nordens konnten sich zwar etablieren, allerdings keine starke Machtbasis in den Parlamenten aufbauen.⁵ Auf der einen Seite sehen sie sich der Konkurrenz der ländlich geprägten Zentrumsparteien ausgesetzt, die für sich seit jeher proklamierten, Umweltschutz sowie die Wahrung regionaler Interessen zu verfolgen. Auf der anderen Seite veränderten nach 1990 die ehemals kommunistischen Parteien des Nordens ihre Programmatik und absorbierten hierbei auch postmaterialistische Themen wie Umweltschutz, Frieden und Partizipation. Daher macht es Sinn, für Dänemark, Island sowie Norwegen von grün-sozialistischen Parteien zu reden, deren Gründungstermine weiter zurückreichen. Zwar ist die parlamentarische Machtbasis Grüner Parteien im Norden durchaus überschaubar, dennoch sind sie in der Koalitionsdynamik in Finnland (aber auch in zunehmenden Maße in den anderen nordischen Ländern) einflussreich. So war Finnland das erste europäische Land mit »grünen« nationalen Ministern. In der Präsidentschaftswahl im Jahr 2011 kam es gar zu einem Duell zwischen einem Kandidaten der Grünen Partei (Pekka Haavisto) sowie Sauli Niinistö von der Konservativen Partei. Haavisto konnte den langjährigen sozialdemokratischen Regierungschef Paavo Lipponen im ersten Wahldurchgang deutlich in der Wählergunst übertrumpfen, scheiterte schließlich aber am neuen finnischen Präsidenten der Konservativen Partei.

⁵ Vgl. hierzu mit weiterführenden Literaturverweisen Sven Jochem, 2012 (Fn. 4).

Einen kaum zu überschätzenden Einfluss auf die Logik des Parteienwettbewerbs üben die *rechtspopulistischen Parteien* aus. Diese Parteien entstanden im Norden *ursprünglich* als Reaktionen auf die ambitionierten nordischen Steuerpolitiken, also als Steuerprotestbewegungen.⁶ Die dänische Fortschrittspartei (»Fremskridtspartiet, FRP« und spätere Dänische Volkspartei, DF) wurde 1972 vom Rechtsanwalt für Steuerrecht Mogens Glistrup gegründet und konnte in der »Erdrutschwahl« 1973 auf Anhieb 15,9 Prozent der Stimmen erreichen. In unmittelbarer Anlehnung an die dänische Entwicklung gründete der Norweger Anders Lange im Jahre 1973 ebenfalls eine rechtspopulistische Protestpartei, die spätere norwegische Fortschrittspartei. In Schweden wurde eine erste rechtspopulistische Partei (»Ny Demokrati, NyD«) 1991 ins Parlament gewählt. Nach internen Führungsstreitigkeiten scheiterte die Partei jedoch in der Wahl 1994 an der 4 Prozent Hürde und löste sich anschließend auf. In jüngster Vergangenheit besetzen die bereits 1988 gegründeten Schwedendemokraten (»Sverigedemokraterna, SD«) nationale und rechtspopulistische Themen und konnten so bei der Wahl im Jahr 2010 mit 5,7 Prozent der Stimmen und mit 20 der insgesamt 349 Reichstagsmandate einen beachtlichen Erfolg verbuchen.

In Finnland gab es bereits seit 1959 mit der sogenannten Landvolkpartei (»Maaseudun Puolue«) eine frühe Variante rechtspopulistischer Programmatik. Diese Partei verblieb politisch bedeutungslos, erreichte jedoch in den 1970er und frühen 1980er Jahren bis zu 10 Prozent der Stimmen bei nationalen Wahlen. Die stark agrarisch geprägte Protestpartei entstand aus einer Abspaltung von der finnischen Zentrumspartei. Nachdem sie in den 1990er Jahren stetig an Rückhalt in der Bevölkerung einbüßte und in finanzielle Schwierigkeiten geriet, wurde sie 1995 offiziell aufgelöst und kurz darauf als die Partei der »Wahren Finnen« (»Perussuomalaiset, PS«) neu gegründet. Trotz des überwältigenden Wahlerfolges der Wahren Finnen bei der Reichstagswahl 2011 scheiterte eine von der Konservativen Partei angestrebte Regierungsbeteiligung an der Weigerung der Partei, die europäische Stützungspolitik gegenüber Ländern wie Portugal mitzutragen.

Diese Neuerungen im Parteienwettbewerb gingen (zwangsläufig) einher mit einer Schwächung *sozialdemokratischen Parteien* im Norden. Nicht nur in Mitteleuropa schwindet die sozialdemokratische Machtbasis, auch der Norden büßt seinen Ruf als

⁶ Vgl. zu den rechtspopulistischen Parteien in Skandinavien Sven Jochem, 2012 (Fn. 4) sowie Jens Rydgren, Radical Right-wing Populism in Denmark and Sweden: Explaining Party System Change and Stability, in: SAIS Review, 30, 1, 57-71 (2010).

sozialdemokratische Hochburg zusehends ein.⁷ Besonders stark ist der Rückgang für die dänischen Sozialdemokraten ausgeprägt. Als Durchschnittswert der Wählerstimmen in der vergangen Dekade erreichte die Partei nur noch ein Wert von ca. 26 Prozent. Damit erlitt die Partei einen Rückgang in der Wählergunst im Vergleich zu den 1950er Jahren um ca. 33 Prozent. Einen ähnlich starken Rückgang musste die norwegische Sozialdemokratie (DNA) hinnehmen, wenngleich sie von einem höheren Niveau zu schrumpfen begann als ihre dänische Schwesterpartei. In dieser Betrachtungsweise erscheint der Rückgang der schwedischen Sozialdemokratie (SAP) mit »nur« 18 Prozent Verlust an Wählerstimmen von den 1950er Jahren bis in die 2000er Jahre geradezu moderat. Mit der Reichstagswahl 2010 ist die SAP allerdings auch bei Werten von nur noch knapp über 30 Prozent der Wählerstimmen angelangt.⁸

Diese sich wandelnden Parteiensysteme zehrten nicht nur an der Machtbasis nordischer Arbeiterbewegungen, die veränderten Rahmenbedingungen für den nordischen Parteienwettbewerb veränderten auch die Arithmetik der Koalitionsbildungen. In Dänemark, Norwegen und Schweden konnten die jeweiligen sozialdemokratischen Parteien lange Zeit als »quasi« natürliche Regierungspartei angesehen werden. Ihre bloße Machtfülle ermöglichte der Sozialdemokratie in diesen Ländern die Rolle eines »natürlichen« Machtzentrums einzunehmen. Institutionell wurde diese Rolle durch Regeln des »negativen Parlamentarismus« abgesichert; diese Regeln fordern keine explizite Wahl der Regierung im Parlament, das Parlament kann lediglich eine bestehende Regierung durch ein Misstrauensvotum zum Rücktritt zwingen. Ebenso förderlich für die Minderheitsregierungen in Dänemark, Norwegen und Schweden ist die starke Stellung der oppositionellen Fraktionen in den parlamentarischen Ausschüssen.⁹ Letztlich sind die ausfransenden Parteiensysteme und veränderte Machtbalancen in den Parteienwettbewerben Hauptgründe für schwindende Minderheitsregierungen im Norden. Diese sich wandelnden Logiken der Regierungs- und Koalitionsbildung werden in den folgenden Abschnitten systematisch analysiert.

⁷ Vgl. Sven Jochem, Jenseits ‚Dritter Wege‘: Die Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb – ein europäischer Vergleich, in: *der moderne staat* 3 (2010), 125-146.

⁸ Vgl. Sven Jochem, Die schwedische Reichstagswahl vom 19. September 2010 – Zur Logik einer sich auflösenden sozialdemokratischen Hochburg, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (2011), 98-111.

⁹ Vgl. zu den Details die Beiträge in Torbjörn Bergman / Kaare Strøm, 2011 (Fn. 4).

3 Die Erosion nordischer Minderheitsregierungen – Dänemark, Norwegen und Schweden

In *Dänemark* stellte der konservative Regierungschef Poul Schlüter nach 1982 in seinen etwas mehr als zehn Jahren als Regierungschef (vgl. Tabelle 1) die Logik des dänischen Minderheitsparlamentarismus auf neue Beine. Während zuvor eine stabile Unterstützung durch Oppositionsparteien von den Minderheitsregierungen angestrebt wurde und – im Falle eines Misserfolges – die Regierungen wiederholt Neuwahlen anberaumten, verließen sich die Regierungen Schlüter auf risikoreiche aber flexible Formen des Regierens mit unterschiedlichen Partnern. So stützte sich die bürgerliche Regierung in Fragen der Außenpolitik gerne (aber nicht ausschließlich) auf eine Kooperation mit der größten Oppositionspartei, den Sozialdemokraten. In Bereichen der Innen- und Finanzpolitik wurden oft (aber ebenfalls nicht ausschließlich) Mehrheiten mit der Sozialliberalen Partei (»Radikal Venstre«) oder der rechtspopulistischen Fortschrittspartei gesucht. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten kann als ein Tabubruch in der damaligen Zeit angesehen werden. In den insgesamt zehn Regierungsjahren mussten die bürgerlichen Regierungen 108 Abstimmungsniederlagen hinnehmen, ohne jedoch aus diesem Grunde einen Rücktritt oder Neuwahlen politisch ins Kalkül zu ziehen. Dies hatte zur Folge, dass Initiativen der Opposition, mitunter gegen den Willen der Minderheitsregierung, vom Parlament verabschiedet wurden und Einzug in Gesetzestexte erhielten.¹⁰

Tabelle 1: Regierungen in Dänemark seit 1980

Premierminister/-in	Parteilpolitische Regierungszusammensetzung	Zeitraum (Monat/Jahr)	Prozentualer Sitzanteil der Regierungsparteien	Prozentualer Sitzanteil der stärksten Oppositionspartei
Jørgensen V (SD)	SD	11/79 - 11/81	38,9	12,6
Jørgensen VI (SD)	SD	12/81 - 09/82	33,7	14,9
Schlüter I (KF)	KF, V, CD, KRF	10/82 - 01/84	37,7	33,7
Schlüter II (KF)	KF, V, CD, KRF	02/84 - 09/87	44,0	32,0
Schlüter III (KF)	KF, V, CD, KRF	10/87 - 05/88	40,0	30,9
Schlüter IV (KF)	KF, V, RV	06/88 - 12/90	38,3	31,4
Schlüter V (KF)	KF, V	01/91 - 01/93	33,7	39,4
P.N. Rasmussen I (SD)	SD, CD, RV, KRF	02/93 - 09/94	50,9	17,1
P.N. Rasmussen II (SD)	SD, CD, RV	10/94 - 12/96	42,9	24,0
P.N. Rasmussen III (SD)	SD, RV	01/97 - 03/98	40,0	24,0
P.N. Rasmussen IV (SD)	SD, RV	04/98 - 11/01	40,0	24,0
A.F. Rasmussen I (V)	V, KF	12/01 - 02/05	41,1	29,7
A.F. Rasmussen II (V)	V, KF	03/05 - 11/07	40,0	26,9
A.F. Rasmussen III (V)	V, KF	11/07 - 04/09	36,6	25,7
L. L. Rasmussen (V)	V, KF	04/09 - 09/11	36,6	25,7
Thorning-Schmidt (SD)	SD, RV, SF	10/11 -	43,0	24,6

¹⁰ Vgl. Erik Damgaard (ed.), *Parliamentary Change in the Nordic Countries*, Oslo, 1992; Maria Eysell, *Der dänische Minderheitsparlamentarismus der achtziger Jahre*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6 (1996), 375 - 407.

Abkürzungen der Parteien: SD = Socialdemokratiet/Sozialdemokratische Partei; V = Venstre / Liberale Partei; KF = Konservative Folkeparti/Konservative Volkspartei; RV = Radikale Venstre/Radikal - Liberale Partei; CD = Centrum - Demokraterne/Zentrumsdemokraten; KRF = Kristelig Folkeparti/Christliche Volkspartei; SF = Socialistisk Folkeparti/Sozialistische Volkspartei.

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach den Angaben der Regierungskanzlei des dänischen Ministerpräsidenten (http://www.stm.dk/_a_1620.html, letzter Zugriff am 12. Juni 2012) sowie <parties-and-elections.eu>.

In der Regierungszeit des Sozialdemokraten Poul Nyrup Rasmussen (1993 bis 2001) erlangte Dänemark mit seinem Modell der »flexicurity« langsam aber stetig die Rolle eines europäischen Reformvorbilds. Die Koalitionen über politische Lagergrenzen sollten die politisch aufgeladenen Prozesse der Entscheidungsfindung befrieden. Statt Wettbewerb wurde wieder verstärkt Kooperation gesucht. Die stetig abnehmende parlamentarische Unterstützung der vier Regierungen unter Poul Nyrup Rasmussen kann aber als Indiz dafür gesehen werden, dass trotz des Versuchs einer konsensorientierten Politik der dänischen Sozialdemokraten die zentralen politischen Streitpunkte nicht entscheidend geklärt werden konnten.

In der Regierungsära des Anders Fogh Rasmussen von der Liberalen Partei (V) (2001-2009) kam es zu einer Polarisierung der dänischen Politik. Die faktische Integration der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DF) in die Regierungsarbeit erzeugte immense Spannungen. Seit 2001 konnte die Dänische Volkspartei als offizielle Oppositionspartei einen bedeutsamen Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben. Wichtige Reformen der jüngeren Vergangenheit wurden nach Verhandlungen mit der rechtspopulistischen Partei mehrheitsfähig gemacht und im Parlament verabschiedet – so zum Beispiel die weitreichende Neuordnung der administrativen Struktur des dänischen Staates, die Beteiligung dänischer Truppen am Krieg im Irak oder die nach 2008 in der Großen Rezession verabschiedeten fiskalpolitischen Krisenpakete, die wichtige Aspekte der Arbeitslosenversicherung und der Frühverrentungssysteme veränderten. Als »Preis« für ihre Unterstützung konnte die Dänische Volkspartei Reformen in der Immigrations- und Europapolitik durchsetzen, wenngleich das Ausmaß dieses Einflusses jenseits symbolträchtiger Maßnahmen – wie der vorübergehenden Verschärfung von Grenzkontrollen als Preis für die Zustimmung der DF zur Reform der Frühverrentungssysteme – in der Literatur umstritten ist.¹¹

Die parlamentarische Basis der dänischen Rechtspopulisten ist ungebrochen hoch. Mit der Wahl im Jahre 2005 konnten die Rechtspopulisten die Konservative Partei sogar erstmals überflügeln. Sie stellen seither die drittgrößte Fraktion im dänischen Folketing – eine

¹¹ Vgl. Jørgen Goul Andersen, Restricting Access to Social Protection for Immigrants in the Danish Welfare State, in: Benefits 15 (2007), 257-269.

Machtposition, die diese Partei auch in der Wahl im Jahr 2011 trotz geringfügiger Verluste verteidigen konnte. Im bürgerlichen Lager dominiert weiterhin die Liberale Partei (V), wohingegen die Konservative Partei Dänemarks (KF) bei der Wahl 2011 ein Debakel erlitt und nunmehr nur noch ca. 5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen kann.

Mit der personellen Erneuerung innerhalb der Sozialdemokratie kam es seit Mitte der 2000er Jahre zu einer verstärkten Annäherung der SD an die Sozialistische Volkspartei (SF). Während sich die SF programmatisch eher zum Zentrum und zur Sozialdemokratie hin öffnete und die internen Entscheidungsstrukturen zentralisierte, versuchte sich der ehemalige Koalitionspartner der SD, die Sozilliberale Partei (RV), im Parteienwettbewerb als zentristische Partei zu etablieren, indem im Wahlkampf 2011 verlautbart wurde, dass die Partei zu allen Seiten hin kooperationswillig und -fähig sei. Diese Strategie wurde an der Wahlurne belohnt und die Partei konnte nach relativ langen Koalitionsverhandlungen als offizieller Koalitionspartner in die Regierungsarbeit integriert werden. Die SD hatte bereits vorher in zahlreichen Dokumenten die Zusammenarbeit mit den Linkssozialisten befördert und dokumentiert, nicht zuletzt auch durch gemeinsame Gesetzesinitiativen nach Ausbruch der globalen Finanzkrise. Die Minderheitskoalition der ersten Regierungschefin Dänemarks, Helle Thorning-Schmidt, wird im Parlament schließlich von der kleinen Rot-Grünen Einheitsliste unterstützt.

Die jüngste Regierungsbildung in Dänemark zeigt die Unwägbarkeit der Koalitionsfindung in einem sich zusehends aufsplitternden Parteiensystem ohne breite parlamentarische Mitte. Die Sozialdemokraten haben ihre Zusammenarbeit mit den Linkssozialisten intensiviert, beide Parteien mussten allerdings Verluste hinnehmen. Eine eigenständige Mehrheit liegt außer Reichweite, und insofern ist die SD auf zusätzliche Koalitionspartner angewiesen. Die jetzige Koalition ist programmatisch sehr disparat. Während mit den Sozilliberalen (RV) ambitionierte Reformer des dänischen Wohlfahrtsstaates eine wichtige Position in der Regierung haben, sind auch die Themen der Europa-, Sicherheits- und Sozialpolitik zwischen den Parteien sehr umstritten. Nach mehr als 100 Tagen im Parlament kann die Regierung keinen »Blitzstart« vorweisen. Im Gegenteil, alle drei offiziellen Regierungsparteien verlieren massiv in der Wählergunst – in einem für die dänischen Verhältnisse einzigartigen Ausmaße.¹²

¹² Vgl. zum Beispiel die Beiträge in der dänischen Zeitung »Politik« <http://politiken.dk/politik/ECE1501226/thorning-efter-100-dage-vi-aendrer-danmark/> oder »information« <http://www.information.dk/303147>, die beide eine erste Zwischenbilanz der sozialdemokratisch geführten Minderheitsregierung präsentieren (letzter Zugriff 12. Juni 2012).

Die dänische Form des Regierens in Minderheitsposition stärkt die Opposition. Präzise Grenzen zwischen Regierung und Opposition sind in einer solchen Form des fluiden und pragmatischen Regierens nur schwer zu ziehen. Zudem ist Dänemark Beispiel eines radikalen, zentrifugalen Minderheitsparlamentarismus. Stabile Mehrheiten für beide politischen Blöcke sind schwerlich zu finden, die rechtspopulistische Partei sowie die links-alternative Partei erschweren eine solche Strategie, und die Parteien der Mitte verlieren an elektoralem Rückhalt. Unter solchen Umständen offenbaren Minderheitsregierungen nicht mehr wie im »goldenen« Zeitalter strategische Formen des Regierens einer im Parteienwettbewerb hegemonialen Partei. Der dänische Minderheitsparlamentarismus der Gegenwart ist vielmehr aus der Not geboren, instabil sowie durch vielfältige und unwägare Verhandlungsprozesse gekennzeichnet.

In *Norwegen* erreichten – ähnlich wie in Dänemark und Schweden – nur wenige Regierungen der jüngsten Vergangenheit die absolute parlamentarische Mehrheit (vgl. Tabelle 2). Mit den Regierungen unter der Führung des Zentrumspolitikers Kåre Willoch (SP) konnten zu Beginn der 1980er Jahre erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg rein bürgerliche Koalitionen die norwegische Regierungsarbeit übernehmen. Obwohl die bürgerliche Regierungszeit in den 1980er Jahren in Norwegen nicht so lange währte wie in Dänemark, setzten die Willoch-Regierungen dennoch neue Maßstäbe norwegischer Innenpolitik und Koalitionsdynamik.

Tabelle 2: Regierungen in Norwegen seit 1980

Premierminister/-in	Parteipolitische Regierungszusammensetzung	Zeitraum (Monat/Jahr)	Prozentualer Sitzanteil der Regierungs-Parteien	Prozentualer Sitzanteil der stärksten Oppositionspartei
Nordli II (DNA)	DNA	10/77 - 01/81	49,0	26,5
Brundtland I (DNA)	DNA	02/81 - 09/81	49,0	26,5
Willoch I (H)	H	10/81 - 05/83	34,8	41,9
Willoch II (H)	H; KRF; SP	06/83 - 09/85	51,6	41,9
Willoch III (H)	H; KRF; SP	10/85 - 04/86	40,1	45,2
Brundtland II (DNA)	DNA	05/86 - 09/89	45,2	31,8
Syde (H)	H; KRF; SP	10/89 - 10/90	37,6	38,2
Brundtland III (DNA)	DNA	11/90 - 08/93	38,2	22,4
Brundtland IV (DNA)	DNA	09/93 - 10/96	40,6	19,4
Jagland (DNA)	DNA	11/96 - 10/97	40,6	19,4
Bondevik I (KRF)	KRF, SP, V	11/97 - 03/00	25,5	39,4
Stoltenberg I (DNA)	DNA	04/00 - 10/01	39,4	15,2
Bondevik II (KRF)	KRF, V, H	11/01 - 10/05	37,6	26,1
Stoltenberg II (DNA)	DNA, SV, SP	10/05 - 09/09	51,5	22,5
Stoltenberg III (DNA)	DNA, SV, SP	10/09 -	50,9	24,2

Abkürzungen der Parteien: DNA = Det Norske Arbeiderparti / Norwegische Arbeiterpartei; SP = Senterpartiet / Zentrumspartei; H = Høyre / Konservative Partei; KRF = Kristelig Folkeparti / Christliche Volkspartei; V = Venstre / Liberale Partei; SV = Sosialistisk Venstreparti / Linkssozialisten.

Quelle: Informationen der norwegischen Regierung (<<http://www.regjeringen.no/en/the-government/previous-governments.html?id=85847>>, letzter Zugriff am 12. Juni 2012), <www.parties-and-elections.eu>.

Mit Gro Harlem Brundtland konnte 1986 die norwegische Sozialdemokratie (DNA) wieder die Ministerpräsidentin stellen. Im Verlauf der Ära Brundtland begann sich die norwegische Parteienlandschaft zu diversifizieren. Ähnlich wie in Dänemark – wenngleich nicht in einem solchen Ausmaße – brachte auch in Norwegen die Wahl von 1973 eine deutliche Zunahme der parlamentarischen Parteien mit sich (statt fünf waren acht Parteien im Parlament vertreten). Aus der Perspektive des Parteienwettbewerbs waren die späten 1980er Jahre bedeutsam. Die Sozialdemokraten erlitten 1989 eine deutliche Wahlniederlage, wohingegen sich die Konservative Partei (H) als stärkste Kraft im bürgerlichen Lager durchsetzte. Neu und für die Logik des norwegischen Parteiensystems entscheidend war der damalige Stimmenzuwachs für die rechtspopulistische Fortschrittspartei (FRP). Mit 13 Prozent der Stimmen und 22 der damals insgesamt 165 Sitze (heute sind 169 Abgeordnete im Parlament vertreten) katapultierte sich diese Partei schlagartig unter die Großen im bürgerlichen Lager. Gleichzeitig erstarkten die Linksozialisten (SV) (10 Prozent der Stimmen und 17 Sitze). Gegen Ende der 1980er Jahre polarisierte sich also die Parteienlandschaft Norwegens zusehends. Nicht wenig trugen hierzu die europapolitischen Debatten in Norwegen bei.

Damit wurde die Aufgabe der Regierungsbildung komplizierter. Dies erfuhren nicht nur Gro Harlem Brundtland und die norwegische Sozialdemokratie. Auch im bürgerlichen Lager herrschte eine lange und konfliktbehaftete Debatte darüber, wie mit den Parteien am Rande des Parteienspektrums zu verfahren sei. Eine wichtige Wegscheide des Parteienwettbewerbs und der norwegischen Regierungsgeschichte ergab sich schließlich im Jahre 1997 mit der ersten Regierung Bondevik. Der christdemokratische Regierungschef formierte eine Koalition mit der Zentrumspartei und der liberalen »Venstre« (V). Die Konservative Partei Norwegens wurde nicht in die Koalition aufgenommen – zu zahlreich waren die programmatischen Differenzen. Allerdings war damit die parlamentarische Machtbasis auch für norwegische Verhältnisse sehr dünn. Gerade einmal 25 Prozent der Sitze konnte die Koalitionsregierung auf sich vereinigen. Die größte Oppositionspartei, die norwegischen Sozialdemokraten, verfügten alleine über ca. 39 Prozent der Sitze. Aber auch mit den Stimmen der Konservativen Partei hätte die Regierung keine parlamentarische Mehrheit erreicht.

Als Konsequenz blieb der ersten Regierung Bondevik nur die politische Kooperation mit dem »linken Lager«, also vor allem mit der Sozialdemokratie. In der Tat strebte der Christdemokrat Bondevik in den meisten Fällen die Kooperation über die politischen

Lagergrenzen hinweg an. Eine Alternative dazu stellte die Kooperation mit den Rechtspopulisten dar. Die Fortschrittspartei wurde 1997 nach den Sozialdemokraten zweitstärkste Fraktion im norwegischen Parlament. In wenigen – aber entscheidenden Fällen – stützte sich dann die bürgerliche Minderheitsregierung auch auf die Stimmen der Rechtspopulisten.

Dass die Regierungsbildung in Norwegen eine komplizierte Aufgabe ist, dies musste auch der Sozialdemokrat Jens Stoltenberg erfahren. Er übernahm im Jahr 2000 als Nachfolger von Kjell Magne Bondevik mit einer Minderheitsregierung die Amtsgeschäfte. Die Wahl von 2001 wurde zum Desaster für die norwegische Sozialdemokratie, in der vor allem die Steuerpolitik und die Qualität des norwegischen Bildungssystems die dominierenden Themen waren. Mit ca. 24 Prozent der Stimmen erfuhr die Sozialdemokratie das schlechteste Wahlergebnis seit 1924. Gleichzeitig verloren die Parteien der Mitte an Unterstützung. Die Gewinner der Wahl waren die Konservative Partei, die Fortschrittspartei sowie die Linksozialisten. Während die Konservative Partei ihren Stimmenanteil auf über 20 Prozent deutlich ausbauen konnte, stabilisierte sich die Fortschrittspartei bei ca. 15 Prozent. Die Linksozialisten verdoppelten ihren Stimmanteil auf ca. 12 Prozent.

Kjell Magne Bondevik wurde im Wahlkampf bereits als zukünftiger Regierungschef gehandelt. Allerdings war die Regierungsbildung unter diesen veränderten Mehrheitsverhältnissen schwierig. Eine reine Mitterregierung hatte eine zu geringe parlamentarische Basis, und eine Koalition mit der Sozialdemokratie wurde rasch als illusionär verworfen. Die Konservative Partei als stärkste bürgerliche Kraft strebte den Posten des Regierungschefs an. Allerdings widersetzten sich die Parteien der Mitte dieser Forderung. Nachdem erste Sondierungsgespräche scheiterten, suchte die Konservative Partei öffentlich den Kontakt zur Fortschrittspartei. Eine rein konservative Minderheitsregierung wollten die Rechtspopulisten allerdings nicht unterstützen. Nach dieser Verhandlungsniederlage akzeptierte die Konservative Partei die Forderungen der Mitteparteien, und es kam zu einer bürgerlichen Koalition unter Einschluss der Konservativen Partei, die stärkste bürgerliche Partei war, aber nicht den Ministerpräsidenten stellen durfte. Die Zentrumsparterie beteiligte sich nicht an dieser Koalition, sie konnte nicht akzeptieren, dass die Fortschrittspartei als stille Mehrheitsbeschafferin dienen sollte. Damit zerbrach die klassische Zusammenarbeit der Mitteparteien im norwegischen Parteienwettbewerb.

Die Regierung firmierte unter dem Namen »Zusammenarbeitsregierung«. Allerdings erwies sie sich als schwach. Bereits bei den Verhandlungen zum ersten Budget offenbarte sich die

Abhängigkeit der Regierung von der Fortschrittspartei. Obwohl die Fortschrittspartei mit internen Machtkämpfen und Skandalen zu kämpfen hatte, war sie das parlamentarische »Zünglein an der Waage«. Nachdem Verhandlungen mit den Rechtspopulisten gescheitert waren, verknüpfte die Regierung den Haushalt mit einem Vertrauensvotum – das erste Mal in der norwegischen Geschichte, dass ein nationaler Haushalt mit diesem parlamentarischen Mittel verabschiedet werden musste.

Der Premierminister Kjell Magne Bondevik konnte die fragile Koalition bis zu den Wahlen im Jahre 2005 zusammenhalten. Allerdings um den Preis, dass die Fortschrittspartei immer stärkeren Einfluss auf die Politikgestaltung nehmen konnte. Der Wahlkampf im Jahre 2005 stand damit unter einem neuen Vorzeichen: Die Zentrumsparterie hatte sich mehr und mehr von den bürgerlichen Parteien, die eine Kooperation mit den Rechtspopulisten akzeptierten, abgewandt. Kurz vor Ende der Legislaturperiode kündigten zudem die Rechtspopulisten eine weitere informelle Zusammenarbeit auf; ihr Ziel für die unmittelbare Zukunft war eine offene Regierungsbeteiligung.

Diese Situation wurde von Jens Stoltenberg und der norwegischen Sozialdemokratie (DAN) antizipiert – und ausgenutzt. Aufgrund der Einsicht, dass die sozialdemokratische Partei kaum mehr eine hegemoniale Machposition im norwegischen Parlament in naher Zukunft wird ausüben können, lud Stoltenberg seit 2002 die Zentrumsparterie aber auch die norwegischen Christdemokraten (KrF) sowie die Linksozialisten zu Sondierungsgesprächen ein. Während die Christdemokraten (und der Regierungschef Bondevik) ein solches Ansinnen ablehnten, schienen für die beiden anderen Parteien die programmatischen Überlappungen groß genug zu sein. Tatsächlich konnte vor der Wahl ein gemeinsames Dokument mit zahlreichen Reformvorhaben zwischen den Parteien unterzeichnet werden. Diese enge Zusammenarbeit, diese Festlegung von Koalitionsabsichten *vor* der Wahl öffnete den Weg zum Wahlerfolg der »rot-rot-grünen« Allianz im Jahr 2005.¹³

Diese Dynamik führte zu dem für die norwegische Regierungsgeschichte besonderen Ergebnis, dass nach Jahren der Polarisierung eine Regierung bestehend aus Sozialdemokratie, Linksozialisten und Zentrumsparterie eingesetzt werden konnte, die eine Koalition zwischen dem linken Lager und der Mitte darstellt. Erstmals in der norwegischen Geschichte sind zudem die Linksozialisten (offiziell) in der Regierung vertreten, und erstmals muss die Sozialdemokratie in einer formalen Koalition die Amtsgeschäfte führen. Und schließlich ist

¹³ Elin Haugsgjerd Allern / Nicholas Aylott, Overcoming the Fear of Commitment: Pre-Electoral Coalitions in Norway and Sweden, in: Acta Politica 44 (2009), 259-285.

bemerkenswert, dass nach sehr langer Zeit wieder eine norwegische Regierung über eine (wenn auch sehr knappe) parlamentarische Mehrheit verfügt. Allerdings ist dieser »Linksruck« verbunden mit einer erneuten Stärkung der Fortschrittspartei. Ihre Strategie wird vom Wahlvolk anscheinend goutiert. Mit über 22 Prozent der Stimmen ist sie jetzt stärkste bürgerliche Kraft – und die Parteivorsitzende Siv Jensen fordert mit Nachdruck den Posten der Regierungschefin für die Fortschrittspartei in einer zukünftigen rein bürgerlichen Koalition.

Die erste Legislaturperiode der »rot-rot-grünen« Koalition war geprägt von programmatischen Spannungen. Zwar konnten – mitunter auch unter Einschluss der Oppositionsparteien – wichtige Reformen vom Parlament verabschiedet werden. Allerdings eskalierten im Jahr 2008 koalitionsinterne Krisen. Die internen Konflikte drehten sich um Themen wie die Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare (mit Adoptionsrechten und verbesserten Möglichkeiten der künstlichen Befruchtung), die Einwanderungs- und Asylpolitik sowie die Dienstleistungsfreiheiten der EU, welche die Freizügigkeit von Arbeitskräften auch für das Nicht-EU-Land Norwegen implizieren. Aufgrund dieser internen Konflikte und des sinkenden Rückhalts der Koalition in der Bevölkerung deutete vieles auf einen Machtwechsel bei der nächsten Parlamentswahl im Jahr 2009.

Der Wahlkampf 2009 stand dann aber im Schatten der Großen Rezession. Zum einen wurden die Krisenmaßnahmen der norwegischen »rot-grünen« Regierung kaum in der Öffentlichkeit kritisiert. Zum anderen profitierte die norwegische Sozialdemokratie von der souveränen Krisenpolitik, personifiziert durch Jens Stoltenberg. Während die sozialdemokratische Partei im Herbst 2008, also ungefähr ein Jahr vor dem Wahltermin, in den Meinungsumfragen auf Werte um die 25 Prozent absackte, betrug damals die Werte für die rechtspopulistische Fortschrittspartei ca. 35 Prozent. Und während lange Zeit Themen der Integration in den Meinungsumfragen dominierten, nahmen im Verlauf des Wahlkampfes immer stärker Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Bedeutung zu. Letztlich wurde bei der Wahl im Jahr 2009 erstmals seit 1969 eine Mehrheitskoalition in Norwegen an der Wahlurne (wenn auch knapp) bestätigt. Die beiden kleinen Regierungsparteien verloren leicht (Zentrumspartei) bzw. deutlich (Linkssozialisten). Die Sozialdemokratie baute hingegen ihren Stimmenanteil wieder (leicht) auf 35,4 Prozent aus.

Die gegenwärtige »rot-rot-grüne« Koalition in Norwegen ist Ergebnis der Kooperation über Lagergrenzen des Parteienwettbewerbs hinweg. Diese Zusammenarbeit verläuft keinesfalls reibungslos, allerdings profitiert sie von der globalen Finanzkrise – bzw. der »rot-grünen«

Krisenpolitik – sowie den programmatischen Differenzen im bürgerlichen Lager. Die Fortschrittspartei als stärkste bürgerliche Partei wird im bürgerlichen Lager (noch) nicht als koalitionsfähig angesehen. Dies konserviert der dominanten – aber keineswegs mehr hegemonialen – Sozialdemokratie in Norwegen die Position einer »natürlichen« Regierungspartei. Allerdings wird sie kaum mehr darauf hoffen können, bei der nächsten Parlamentswahl von einer erneuten Krise profitieren zu können. Nach dem Attentat von Oslo und dem Massaker auf Utøya konnte die norwegische Sozialdemokratie von einer Welle der Solidarität profitieren – und erneut gewann Jens Stoltenberg durch sein Auftreten an Sympathie. Ob allerdings solche Entwicklungen die durchaus vorhandenen programmatischen Differenzen und die nur sehr geringe parlamentarische Mehrheit der Koalition werden entschärfen können, bleibt abzuwarten. Letztlich entscheidend für die zukünftige Logik der norwegischen Koalitionsdemokratie wird sein, inwiefern die Parteien des bürgerlichen Lagers ihre künftigen Koalitionspräferenzen formulieren. Die norwegischen Sozialdemokraten haben sich allerdings koalitionspolitisch festgelegt: Für die DNA ist auf absehbare Zeit die Phase sozialdemokratisch geführter Einparteien-Minderheitsregierung vorbei.

Wie in den Nachbarländern dominierten auch in *Schweden* sozialdemokratisch geführte Minderheitsregierungen die Nachkriegsgeschichte (vgl. Tabelle 3). Der erste bürgerliche Regierungschef der Nachkriegszeit war der Zentrumspolitiker Thorbjörn Fälldin. Mit ihm begann eine Phase instabiler bürgerlicher Minderheitsregierungen, die bis zum erneuten Wahlsieg von Sven Olof Palme im Jahr 1982 dauern sollte. Zwar stellte die Regierung Fälldin I noch die parlamentarische Mehrheit. Aber die programmatischen Differenzen im bürgerlichen Block stellten eine permanente Zerreißprobe dar. Dies kann als ein Kennzeichen des schwedischen (und teilweise nordischen) Parteienwettbewerbs angesehen werden: Das bürgerliche Lager ist bzw. war programmatisch so gespalten, dass selten effiziente bürgerliche Kooperationen stattfinden konnten.

Tabelle 3: Regierungen in Schweden seit 1980

Premierminister	Regierungs- zusammensetzung	Zeitraum (Monat/Jahr)	Prozentualer Sitzanteil der Regierungsparteien	Prozentualer Sitzanteil der stärksten Oppositionspartei
Fälldin II (C)	C; FP; M	10/79 - 04/81	50,1	44,1
Fälldin III (C)	C; FP	05/81 - 09/82	29,2	44,1
Palme IV (SAP)	SAP	10/82 - 09/85	47,6	24,6
Palme V (SAP)	SAP	10/85 - 02/86	45,6	21,8
Carlsson I (SAP)	SAP	03/86 - 09/88	45,6	21,8
Carlsson II (SAP)	SAP	10/88 - 09/91	44,7	18,9
Bildt (M)	M; FP; C; KDS	10/91 - 09/94	48,7	39,5
Carlsson III (SAP)	SAP	10/94 - 03/96	46,1	22,9
Persson I (SAP)	SAP	04/96 - 09/98	46,1	22,9
Persson II (SAP)	SAP	10/98 - 09/02	37,5	23,5
Persson III (SAP)	SAP	10/02 - 09/06	41,3	15,8
Reinfeldt I (M)	M, C, KDS, FP	10/06 - 09/10	51,0	37,2
Reinfeldt II (M)	M, C, KDS, FP	10/10 -	49,6	32,1

Abkürzungen der Parteien: SAP = Socialdemokratiska Arbetarepartiet / Sozialdemokratische Arbeiterpartei; C = Centerpartiet / Zentrumsparterie; FP = Folkpartiet / Liberale Volkspartei; M = Moderaterna / Konservative Partei; KDS = Kristen Demokratisk Samling / Christdemokraten

Quelle: Jahn (2009) sowie eigene Berechnung: <www.regeringen.se>, <www.parties-and-elections.de>.

Mit dem Regierungswechsel von 1982 konnte die Sozialdemokratie (SAP) für neun Jahre die Regierung stellen. Politisch basierte die Regierungspolitik auf einer klassischen Form des Minderheitsparlamentarismus, in welchem sich die SAP nach ihren Interessen die Kooperationspartner suchte. Im Laufe der 1980er Jahre kam es allerdings immer stärker zu einer Zusammenarbeit zwischen der SAP und den Linkssozialisten (V).

In Zeiten ökonomischer Turbulenzen konnte 1991 die Konservative Partei (M) einen Wahlsieg erreichen und unter der Führung von Carl Bildt eine bürgerliche Minderheitskoalition bestehend aus Konservativer Partei, Liberaler Partei (FP), Zentrumsparterie (C) sowie Christdemokratischer Partei (KDS) bilden. Anders als in Dänemark und Norwegen kam es bis dato in Schweden zu keiner erfolgreichen Gründung einer rechtspopulistischen Partei. Bei der Wahl von 1991 gelangte jedoch just eine solche Partei (»NyDemokrati«, »Neue Demokratie«) mit 26 Sitzen in den Reichstag. Sie erwies sich als entscheidende Partei im schwedischen Parteienwettbewerb, da kein politischer Block ohne sie die parlamentarische Mehrheit erreichen konnte. Die weitreichenden Reformambitionen der bürgerlichen Koalition unter konservativer Führung scheiterten an dieser Pattsituation. Während die Konservative Partei einer engen Kooperation mit den Sozialdemokraten ablehnend gegenüber stand, vermieden es vor allem die Mitteparteien, mit den Rechtspopulisten zu kooperieren.

Nach drei Jahren bürgerlicher Regierungszeit begann 1994 eine insgesamt zwölfjährige sozialdemokratische Regierungsphase. Ingvar Carlsson errang 1994 mit der Sozialdemokratie den Wahlsieg, machte jedoch rasch den Weg frei für den Parteienachwuchs. Der bisherige

Finanzminister Göran Persson übernahm die Regierungsgeschäfte, nachdem er sich durch eine harte aber effiziente Konsolidierungspolitik innerparteilich als auch in der Wahlbevölkerung Respekt erarbeitet hatte. Die Ära Persson war bestimmt von einer stringent fortgeführten Blockpolitik. Während die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Ingvar Carlsson noch eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Parteien der Mitte anstrebte – die allerdings selten erfolgreich verlief –, schwenkte Göran Persson rasch auf eine ausschließliche Kooperation mit der Linkspartei sowie der Grünen Partei um.

Für die Entwicklung des Parteienwettbewerbs war die Reichstagswahl im Jahre 2002 von weitreichender Bedeutung. Bereits 1998 konnte die Konservative Partei mit ca. 22 Prozent der Stimmen eine dominante Position im bürgerlichen Lager erlangen. Die Sozialdemokraten hingegen rutschten auf ein (damaliges) historisches Tief von 36,6 Prozent ab. Vor dem Hintergrund der immensen steuerpolitischen Bürden für die schwedische Bevölkerung kam die Konservative Partei mit ihren Forderungen nach umfassenden Steuersenkungen in der Wahlbevölkerung gut an. Ende des Jahres 2001 gelangte die Konservative Partei in Meinungsumfragen schließlich auf über 25 Prozent. Die Zeit schien reif für einen Machtwechsel.

Der Wahlkampf 2002 verlief für schwedische Verhältnisse sehr konfliktgeladen. Während die Liberale Partei mit eher rechtspopulistischen Themen ihren Wahlkampf bestritt, spitzte sich die heiße Phase des Wahlkampfs auf steuerpolitische Themen zu. Die Sozialdemokraten lehnten Steuersenkungen ab – und es wurden düstere Zukunftsprognosen für die schwedische Wohlfahrt skizziert, falls eine bürgerliche Regierung Steuersenkungen vollziehen würde. Letztlich konnte die SAP die Wahl deutlich für sich entscheiden. Und die Niederlage der Konservativen Partei – sie erreichte nur 15,3 Prozent der Stimmen – führte zu einer Radikalreform der Partei. Nach einem Austausch des Führungspersonals startete der neue Vorsitzende Fredrik Reinfeldt, ein ehemals streng »neo-liberaler« Konservativer, eine radikale programmatische Kehre. Ähnlich wie in Großbritannien während der Regierungszeit von Tony Blair wurde die Konservative Partei in »Neue Konservative Partei« (»nya moderaterna«) umbenannt. In offiziellen Darstellungen profiliert sich diese neue Konservative Partei auch als »neue Arbeiterpartei«.

Die Machtverhältnisse zwischen den Blöcken veränderten sich nur unwesentlich, das linke Lager erzielte einen Vorsprung von 33 Sitzen. Allerdings forderte die Grüne Partei erstmals eine offizielle Regierungsbeteiligung. Göran Persson und die SAP lehnten dies ab, worauf die Grüne Partei Verhandlungen mit den Mitteparteien führte. Zu Beginn der Plenarsitzungen am

30. September 2002 lancierte die Konservative Partei ein Misstrauensvotum gegen die noch im Amt befindliche sozialdemokratische Minderheitsregierung. Durch rasche Verhandlungen wurde die Partei der Grünen noch zum Einlenken bewegt; das Misstrauensvotum vom 3. Oktober 2002 wurde mit nur 17 Stimmen Mehrheit abgewiesen. Die Sozialdemokraten konnten erneut alleine regieren. Allerdings mussten sie sowohl Vertreter der Grünen als auch der Linkspartei aktiv in die Arbeit der schwedischen Staatskanzlei einbinden. Seit 2002 kam es quasi zu einer »halb-offiziellen« Koalition zwischen den Sozialdemokraten und den beiden kleinen Parteien im linken Lager. Göran Persson hätte aus Gründen der Machtarithmetik auf eine der beiden kleinen Parteien verzichten können. Allerdings setzte er bewusst und explizit auf eine Fortführung dieser klaren rot-rot-grünen Kooperation.¹⁴

Wichtiger als der programmatische Wandel der Konservativen Partei war jedoch die Initiative von Fredrik Reinfeldt, die bürgerlichen Parteien strategisch zu vereinen. Im August 2004 forderte er im so genannten »Vaxholm-Brief« die Führungen der bürgerlichen Parteien zu einer stärkeren Zusammenarbeit auf. Es kam schließlich im Frühling 2005 zur Vereinbarung von Bankeryd, aus der heraus ein gemeinsames Wahlmanifest für alle bürgerlichen Parteien entstanden ist. Diese bürgerliche »Allianz für Schweden« hatte nur ein Ziel: den Regierungswechsel 2006.

Mit einem knappen Vorsprung von 7 Sitzen konnte die »Allianz für Schweden« ihr oberstes Wahlziel erreichen: Die Abwahl der sozialdemokratischen Regierung unter Göran Persson und die Bildung einer Koalitionsregierung mit parlamentarischer Mehrheit. Dies war umso erstaunlicher, als alle ökonomischen Kennzahlen positiv waren. Schweden befand sich im Herbst 2006 in einer sehr soliden konjunkturellen Lage. Das Krisenmanagement der sozialdemokratischen Regierung in Gefolge der thailändischen Tsunami-Katastrophe 2004/2005, der sehr viele schwedische Urlauber zum Opfer fielen, war allerdings für die Abwahl ebenso ursächlich, wie eine mitunter überzogene Profilierung des sozialdemokratischen Kandidaten Göran Persson, der in seinem Privatleben durch luxuriösen Lebensstil viele Wähler der Arbeiterbewegung verprellte. Und letztlich verfehlte eine neue rechtspopulistische Partei, die Schwedendemokraten (»Sverigedemokraterna«), den Einzug in den Reichstag mit nur 2,9% der Stimmen deutlich. Damit kam es auch nicht zu einer parlamentarischen Pattsituation zwischen den Blöcken wie von 1991 bis 1994.

Im oppositionellen Lager beförderte die schmerzhaftige Niederlage der Sozialdemokraten ein weitreichendes Umdenken. Auf dem Parteitag der SAP im März 2007 wurde Mona Sahlin zur

¹⁴ Vgl. Elin Haugsgjerd Allern / Nicholas Aylott, 2009 (Fn. 14)

neuen Parteivorsitzenden gewählt. Sie folgte dem Beispiel der Konservativen Partei (und der norwegischen DNA) und eruierte die Möglichkeiten einer formalisierten politischen Zusammenarbeit mit der Grünen Partei. Als sich schließlich im Herbst 2008 die beiden Parteien offiziell zu einem rot-grünen Wahlbündnis zusammenschlossen, geriet die SAP aus den eigenen Reihen unter Druck, auch die Linkspartei in diese Zusammenarbeit zu integrieren. Die Parteiführung sah viele Forderungen der Linkspartei, insbesondere in den Bereichen der Haushalts- und Außenpolitik, als nicht mit den Standpunkten der SAP vereinbar an. Gleichwohl beugte sie sich dem Druck der Mitglieder und insbesondere einiger Gewerkschaften und erweiterte das rot-grüne Wahlbündnis um die Linkspartei.

Die Reformpolitik der bürgerlichen Regierung eröffnete der Opposition zahlreiche Ansatzpunkte für Kritik. Zu Beginn des Jahres 2008 lagen die rot-rot-grünen Oppositionsparteien in Meinungsumfragen mit ungefähr 20 Prozentpunkten Differenz vor der bürgerlichen Allianz. Die SAP erreichte wieder klassische Umfragewerte von über 45 Prozent der Befragten. Dieser fulminante Vorsprung der Oppositionsparteien dauerte mit Schwankungen das gesamte Jahr 2008 an, sank jedoch seit Beginn des Jahres 2009 stetig.¹⁵ Gegen Ende des Jahres 2008 und im Verlauf des Jahres 2009 verlor die rot-rot-grüne Opposition schließlich ihren Kampf um die Macht. Zwei Ereignisse sind hierfür ursächlich. Zum einen verlief die Zusammenarbeit im rot-grünen Wahlbündnis keineswegs reibungslos. Zum anderen konnte die bürgerliche Allianz – und insbesondere der konservative Finanzminister Anders Borg – die globale Finanzkrise für ein die Wählerschaft offensichtlich überzeugendes Krisenmanagement nutzen.

Die Reichstagswahl 2010 bestätigte die amtierende bürgerliche Allianz im Amt. Gleichwohl verlor sie ihre parlamentarische Mehrheit, da die rechtspopulistischen Schwedendemokraten in das Parlament einziehen konnten. Da das Prinzip des negativen Parlamentarismus keine explizite Bestätigung der Regierung vorsieht, konnte die bürgerliche Koalition ohne Unterbrechung weiter regieren. Unmittelbar nach der Wahl versuchte der neue und alte Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, die Grüne Partei für eine offizielle Kooperation zu gewinnen. Dies wurde jedoch von der Grünen Partei zurückgewiesen.

Die jetzige Situation des Parteienwettbewerbs in Schweden weist der Grünen Partei die Rolle des parlamentarischen »Züngleins an der Waage« zu. Die Grüne Partei Schwedens hat eine zentripetale Ausrichtung und weite Teile ihrer Anhänger sind einer Zusammenarbeit mit der Allianz nicht abgeneigt. Die Pause in der »rot-rot-grünen« Zusammenarbeit, wie sie

¹⁵ Vgl. zu den Details Sven Jochem, 2011 (Fn. 8).

unmittelbar nach der Wahlniederlage von der damaligen Parteivorsitzenden der SAP bekannt gegeben wurde, eröffnet jetzt nicht nur der Regierung vielfältige Verhandlungsoptionen, sie eröffnet auch der Grünen Partei eine punktuelle Kooperation mit der Regierung, um erfolgreich »Policy-Seeking« zu betreiben.

Die sozialdemokratische »Hochburg« in Europa löst sich zusehends auf. Frappierend sind die Ähnlichkeiten zwischen dem norwegischen und schwedischen Parteienwettbewerb – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Während in Norwegen eine geschwächte Sozialdemokratie weiterhin die programmatische Uneinigkeit im bürgerlichen Lager ausnutzen kann, versucht dies gegenwärtig eine programmatisch kohärente bürgerliche Allianz mit dem gespaltenen »rot-rot-grünen« Lager. Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit die bürgerliche Allianz die Rechtspopulisten von den politischen Kernentscheidungen ausschließen kann.

4 Übergroße Koalitionen in Finnland – Dynamiken und Gründe

In Finnland dominieren übergroße Koalitionen seit den 1960er Jahren die Regierungsbildung; seit den 1980er Jahren stützen sich die Mehrzahl der Koalitionen auf mindestens 60 Prozent der parlamentarischen Mandate (vgl. Tabelle 4). Die Verfassungsreform aus dem Jahr 2000 regelte nicht nur das Verhältnis zwischen Präsidenten und Parlament neu.¹⁶ Die bis dato existierenden qualitativen Mehrheitserfordernisse von meist 66 Prozent der Mandate in wichtigen politischen Fragen beförderten die Bildung von übergroßen Koalitionen. Diese Mehrheitsanforderungen entfielen seit 2000 – und dennoch existieren in Finnland weiterhin oft übergroße Koalitionen, „‘anything goes‘ governments“ oder eine „cohabitation of strange bedfellows“.¹⁷ Dass diese Formen der Koalitionsdemokratie in Finnland weiterhin vorkommen, kann mit der in Europa vielleicht einzigartigen Dynamik des finnischen Parteienwettbewerbs erklärt werden.

¹⁶ Vgl. Sven Jochem, 2012 (Fn. 4); Tapio Raunio, Finland. Moving in the Opposite Direction, in: Torbjörn Bergmann / Kaare Strøm, 2011 (Fn. 4), 112-157.

¹⁷ Vgl. David Arter, Taking the Filt off the Conservatives‘ Gingerbread: The April 2011 Finnish General Election, in: West European Politics 34 (2011), 1284-1295, passim; David Arter, From a Contingent Party System to Party System Convergence? Mapping Party System Change in Postwar Finland, in: Scandinavian Political Studies 32 (2008), 235.

Tabelle 4: Regierungen in Finnland seit 1980

Premierminister/-in	Parteilpolitische Regierungszusammensetzung	Zeitraum (Monat/Jahr)	Prozentualer Sitzanteil der Regierungs-Parteien	Prozentualer Sitzanteil der stärksten Oppositionspartei
Koivisto II (SDP)	SDP; KESK; SFP; Volk.dem	05/79 - 01/82	66,5	23,5
Sorsa IV (SDP)	SDP; KESK; SFP; Volk.dem.	02/82 - 12/82	66,5	23,5
Sorsa V (SDP)	SDP; KESK; SFP	01/83 - 03/83	49,0	23,5
Sorsa VI (SDP)	SDP; KESK; SFP; SMP	04/83 - 03/87	61,5	22,0
Holkeri (KOK)	KOK; SDP; SFP; SMP	04/87 - 03/91	65,5	20,0
Aho I (KESK)	KESK; KOK; SFP; SKL	04/91 - 06/94	57,5	24,0
Aho II (KESK)	KESK; KOK; SFP	07/94 - 03/95	53,5	24,0
Lipponen I (SDP)	SDP, KOK, SFP, VIHR, VAS	04/95 - 03/99	72,5	22,0
Lipponen II (SDP)	SDP, KOK, SFP, VIHR, VAS	04/99 - 04/02	70,0	24,0
Lipponen III (SDP)	SDP, KOK, SFP, VAS	05/02 - 03/03	64,5	24,0
Jäätteenmäki (KESK)	KESK, SDP, SFP	04/03 - 06/03	58,5	20,0
Vanhanen I (KESK)	KESK, SDP, SFP	07/03 - 04/07	58,5	20,0
Vanhanen II (KESK)	KESK, KOK, VIHR, SFP	05/07 - 06/10	58,4	22,5
Kiviniemi (KESK)	KESK, KOK, VIHR, SFP	07/10 - 05/11	58,4	22,5
Katainen (KOK)	KOK, SDP, VAS, VIHR, SFP, KD	06/11 -	62,5	19,5

Abkürzungen der Parteien: Volk.dem. = Volksdemokraten; SDP = Sozialdemokraattinen Puolue / Sozialdemokratische Partei; KESK = Suomen Keskusta / Zentrumsparterie; SFP = Svenska Folkpartiet / Schwedische Volkspartei; KOK = Kansallinen Kokoomus / Nationale Sammlungspartei; SMP = Suomen Maaseudun Puolue / Finnische Landvolk Partei; SKL = Suomen Kristillinen Liitto / Christlicher Bund; VAS = Vasemmisto Liitto / Linksallianz; VIHR = Vihreä Liitto / Grüne Allianz, KD = Suomen Kristillisdemokraatit / Christdemokraten.

Quellen: <www.government.fi>; <www.parties-and-elections.de>.

Die finnische Regierungsgeschichte weist folgende Besonderheiten auf: Eine besondere Stellung nehmen *erstens* die finnischen Kommunisten und späteren Linksozialisten (VAS) ein. Während in den anderen nordischen Ländern diese Parteien meist nur in der Opposition waren oder als (mehr oder weniger stille) Mehrheitsbeschaffer für sozialdemokratische Minderheitsregierungen dienten, wurden sie in Finnland direkt in die Regierungskoalition integriert. *Zweitens* haben wir in Finnland den besonderen Falles eines extremen Multiparteiensystems. Zentrum des gegenwärtig acht Parteien umfassenden Parlaments bilden (zumindest seit den 1980er Jahren) drei nahezu gleichgroße Parteien: die Sozialdemokraten (SDP), die Zentrumsparterie (KESK) sowie die Konservative Partei (KOK). *Drittens* ist zu notieren, dass noch vor der rot-grünen Regierungszeit in Deutschland die finnischen Grünen den Sprung in nationale Regierungen schafften. *Viertens* existiert in Finnland eine kleine Partei mit einer beachtlichen Regierungsbilanz. Seit 1979 ist die ethnisch-liberale Partei der schwedischsprachigen Minderheit, die »Svenska Folkpartiet i Finland« (SFP), ohne Unterbrechung in den zahlreichen Regierungen repräsentiert. *Fünftens* ist Finnland auch ein europäisches Beispiel für eine lange währende Tradition einer rechtspopulistischen Partei, die bereits 1959 gegründet wurde und die – mit einer Neugründung unter dem Namen der »Wahren Finnen« (»Perussuomalaiset«, PS) – in der jüngsten Wahl im Jahr 2011 einen beachtlichen Erfolg verbuchte.

Die Konservative Partei (KOK) wurde lange Zeit aus den Regierungsgeschäften ferngehalten. Erst mit der Regierung Holkeri (1987-1991) gelang es der Partei erstmals in ihrer Geschichte, die Erfolge an den Wahlurnen in Ämter umzumünzen. Wichtiger war der Umstand, dass zum ersten Mal in der finnischen Geschichte die Zentrumspartei nicht in der Regierung mit vertreten war. In der Opposition erstarkte die ehemalige Bauernpartei rasch, konnte bei den nationalen Wahlen 1991 die Mehrheit der Sitze im Parlament erreichen und mit Esko Aho den Regierungschef stellen. Diesmal blieben die Sozialdemokraten in der Opposition. Das war zwar keine historische Novität, allerdings zumindest ein eher seltener Vorgang in der finnischen Regierungsgeschichte.

Die lange Phase sozialdemokratischer Regierungen unter Paavo Lipponen nach 1995 eröffnete die Zeit der sogenannten »Regenbogenkoalitionen«.¹⁸ Dies ist der Prototyp der »anything goes« Koalitionen, erstrecken sie sich doch über den gesamten programmatischen Raum des finnischen Parteiensystems. Die Ambition der Sozialdemokraten war es, eine breite Mehrheit für Policy-Veränderungen in die Koalition zu integrieren. Dass hierfür die direkten Konkurrenten, das Zentrum (KESK), ausgeschlossen wurden, überrascht nicht. Allerdings wären die kleineren Parteien für eine Mehrheit nicht notwendig gewesen. Dass sie der Koalition beitraten, kann damit erklärt werden, dass sie ihren Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess in der Regierung höher einschätzten als ihren potenziellen Stimmengewinn in der Opposition. Zudem sicherte die Sozialdemokratie einen Proporz zwischen Parteien aus dem »linken« und dem »bürgerlichen« Lager. Diese Form der Koalitionsbildung ist ein perfektes Beispiel für eine blockübergreifende, integrative Koalitionsdemokratie.

Die erste Frau an der Spitze der Zentrumspartei, Anneli Jäätteenmäki, wurde nach ihrem Wahlsieg 2003 auch erste Regierungschefin Finnlands. Ihre Koalition aus Zentrumspartei, Sozialdemokraten sowie der Schwedischen Volkspartei umfasste die klassischen Regierungsparteien Finnlands und konnte mit 53,8 Prozent der Stimmen eine knappe parlamentarische Mehrheit erlangen. Die Logik dieser Koalitionsbildung widersprach der integrativen Logik der Vorgängerregierungen und umfasste lediglich die notwendige relative Mehrheit. Da mit der neuen Verfassung potenzielle »Veto-Positionen« der Oppositionsparteien entfielen, entsprach eine solche Logik den institutionellen Vorgaben der neuen finnischen Verfassung. Nach nur kurzer Amtszeit musste Anneli Jäätteenmäki allerdings zurücktreten. Es wurde bekannt, dass sie geheime Informationen über die Kontakte

¹⁸ Ann-Cathrine Jungar, A Case of a Surplus Majority Government: The Finnish Rainbow Coalition, in: Scandinavian Political Studies 25 (2002), 57-83.

zwischen der finnischen Regierung Lipponen und US-Präsident George W. Bush im Wahlkampf verwendet hatte. Sie unterstellte ihrem sozialdemokratischen Konkurrenten, dass er die USA im Irakkrieg unterstützen wolle, was als eklatanter Bruch mit der Doktrin der finnischen Neutralität gedeutet wurde.

Dieser Skandal in der Sommerzeit 2003, diese »Mittsommer-Bombe«¹⁹, führte zu bedeutsamen Konsequenzen für den finnischen Parteienwettbewerb. Die Zentrumspartei war in der Nachkriegsgeschichte mit der Sozialdemokratie ein »natürlicher« Anker der Regierungsbildung. Dieser Skandal zeugte vom Willen der Zentrumspartei, die Sozialdemokratie als stärkste politische Kraft langfristig abzulösen. Dies gelang der Zentrumspartei zwar kurzfristig, allerdings belastet dieser Vertrauensbruch die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien bis auf den heutigen Tag.

Nach dem Rücktritt von Jäätteenmäki wurde der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumspartei Matti Vanhanen neuer Ministerpräsident. Unter Vanhanen konnte die Zentrumspartei ihre dominante Position im finnischen Parteiensystem festigen. Nach dem Wahlsieg im März 2007 bildete Vanhanen eine Koalition aus Konservativer Allianz, Grüner Allianz sowie ethnisch-liberaler Schwedischer Volkspartei; sie stützte sich auf 58,4 Prozent der parlamentarischen Sitze. Diese Koalition ist in ihrer programmatischen Reichweite beschränkt, da genuine Parteien des linken Spektrums nicht integriert wurden. Die Grüne Partei Finnlands sieht sich eher als Partei der politischen Mitte und ist bestrebt, beim Ausbalancieren zwischen »vote-« und »office-seeking« den letzteren Aspekt zu stärken.

Die Politik der Vanhanen II Regierung kann als liberal und deregulativ bezeichnet werden. Für die publizierte Öffentlichkeit waren hingegen private Sexskandale des Regierungschefs und seines Außenministers sowie ein für die finnischen Verhältnisse erschütternder Parteienfinanzierungsskandal von besonderer Bedeutung. Die Medien berichteten seit 2008 intensiv über zweifelhafte Finanzierungspraktiken insbesondere der Zentrumspartei. Gemeinnützige Vereine hätten – nachdem sie von staatlichen Transferzahlungen profitierten – Wahlkämpfe von Abgeordneten der Zentrumspartei finanziert. Diese illegale Finanzierungspraxis führte schließlich zum Rücktritt des Regierungschefs – wenngleich offiziell gesundheitliche Gründe angegeben wurden – und der Übertragung der Regierungsleitung auf die Vorsitzende der Zentrumspartei, Mari Kiviniemi.

¹⁹ David Arter, 2008 (Fn. 4), 217-237.

Am 17. April 2011 wurde ein neues Parlament gewählt. Eindeutige (und einzige) Gewinnerin der Wahl ist die rechtspopulistische Partei der Wahren Finnen (PS) unter der Führung von Timo Soini. Dieser Erfolg der Rechtspopulisten zeigt, dass in Finnland, ebenso wie in Dänemark, Norwegen und Schweden, der Rechtspopulismus an Zulauf gewinnt. Die Partei konnte ihren Stimmenanteil von 4,1 Prozent im Jahr 2007 auf nun 19 Prozent ausweiten und stellt damit nach der Konservativen Partei sowie den Sozialdemokraten die drittstärkste Fraktion in der Eduskunta. Die eindeutige Verliererin der Wahl ist die skandalgeschüttelte Zentrumspartei, die von 23,1 Prozent auf 15,8 Prozent der Stimmen absackte.

Die Regierungsbildung erwies sich als langwierig und problematisch.²⁰ Der designierte konservative Regierungschef Jyrki Katainen war bestrebt, die Rechtspopulisten zusammen mit der Sozialdemokratie in eine Koalition mit relativer Mehrheit einzubeziehen, um so die Rechtspopulisten in die Verantwortung zu nehmen. Die strittigen Fragen einer finnischen Beteiligung an den europäischen Krisenpaketen vor allem für Portugal führten jedoch zu einem Rückzug der Wahren Finnen aus den Regierungsverhandlungen. Nach langwierigen Koalitionsverhandlungen konnte Katainen schließlich eine übergroße Koalition aus nahezu allen Fraktionen des Parlamentes bilden, eine „Koalition der Verlierer“ (Timo Soini). Lediglich die Zentrumspartei sowie die Wahren Finnen stellen gegenwärtig die Opposition in der Eduskunta.

Das politische System Finnlands hat sich in den vergangenen Dekaden bedeutsam gewandelt. Die Parlamentarisierung der finnischen Politik wurde mit der Verfassungsreform von 2000 festgeschrieben. Mit dem Wegfall qualitativer Mehrheitsanforderungen im finnischen Gesetzgebungsprozess hat sich der Wettbewerbscharakter des finnischen Parteiensystems erhöht. Übergroße Koalitionen werden nicht mehr in dem Maße angestrebt, wie dies früher der Fall war. Gleichwohl ergeben sich – wie im Falle der sozialdemokratisch geführten Regenbogenkoalitionen oder der gegenwärtig zu beobachtenden Koalition – Situationen, in denen eine dominante Partei versucht, größtmögliche Mehrheiten zu schaffen, um so die Stabilität und den Gestaltungsraum für Reformen zu gewährleisten. Für die kleinen Parteien bieten sich unter der neuen Verfassung kaum mehr parlamentarische »Veto-Positionen«, sie erhoffen sich in Regierungsverantwortung eher Policy-Gewinne als dass sie von der Oppositionsarbeit zu profitieren glauben. Insgesamt ist es beeindruckend, wie ausgeprägt die Koalitionsfähigkeit und der programmatische Pragmatismus der finnischen Parteien sind. In

²⁰ Vgl. David Arter, 2011 (Fn. 18).

Finnland ist – im Gegensatz zu den nordischen Nachbarstaaten – der Parteienwettbewerb (noch) nicht durch eine kompetitive Blocklogik geprägt.

5 Fazit

Minderheitsregierungen sind nicht mehr das genuine Erkennungszeichen nordischer Koalitionsdemokratien. Obwohl solche Koalitionsmuster durchaus noch zu beobachten sind – wie gegenwärtig in Dänemark oder Schweden –, so werden diese Koalitionsmuster nicht mehr von den Partieliten angestrebt. Während in der Vergangenheit die sozialdemokratischen Parteien in Dänemark, Norwegen und Schweden hegemonial den Parteienwettbewerb dominierten und so die programmatischen Differenzen des bürgerlichen Lagers mit Unterstützung einer »geduldigen« Linkspartei strategisch ausnutzen konnten, führten die veränderten Muster des Parteienwettbewerbs, eine zunehmende Geschlossenheit der bürgerlichen Lager sowie der Machtverlust sozialdemokratischen Parteien insgesamt dazu, dass Minderheitsregierungen in den genannten Ländern allenfalls als Notlösung in Kauf genommen, aber nicht aktiv angestrebt werden.

Die finnische Koalitionsdemokratie bildet den Kontrapunkt in der nordischen Staatenfamilie – und zeigt erneut, dass die skandinavische Politik bunter ist als in Kontinentaleuropa mitunter angenommen. Mit der Verfassungsreform im Jahre 2000 entfielen viele der institutionellen Anreize für übergroße Koalitionen. Gleichwohl kommt es in Finnland auch unter den neuen institutionellen Bedingungen zu solchen Koalitionsmustern. Die Dynamik des Parteienwettbewerbs sowie die stark ausgeprägte Pragmatik aller finnischen Parteien können solche Koalitionsformen erklären.

Die Parteiensysteme des Nordens sind in den vergangenen Dekaden bunter geworden. Es ist nicht allein die bloße Anzahl der Parteien, die im Norden Koalitionsbildungen erschwert. Vielmehr sind es die steigende Anzahl der Parteien sowie die relativen Machtverschiebungen zwischen ihnen im elektoralen Wettbewerb, die historisch eingeübte Koalitionsmuster aushöhlen. Hier stellt der parlamentarische Rechtspopulismus im Norden eine besondere Herausforderung dar. Der Siegeszug der Rechtspopulisten verschärfte in Dänemark und Norwegen – auf unterschiedliche Weise und mit abweichenden Konsequenzen(!) – die Blocklogik des Parteienwettbewerbs. In Schweden und vor allem in Finnland sind hingegen Strategien eines blockübergreifenden Parteienwettbewerbs gegenwärtig (noch) zu beobachten.

Was kann die deutsche Politik vom Norden lernen? *Erstens* zeigen die nordischen Erfahrungen, dass Minderheitsregierungen politisch riskante Projekte sind; zumindest wenn keine hegemoniale Partei den Parteienwettbewerb prägt. *Zweitens* ist an den skandinavischen Entwicklungen abzulesen, dass sich eingeübte Koalitionsmuster auszehren, wenn sich Parteiensysteme diversifizieren. Hier herrscht in Deutschland allerdings noch eine relative Stabilität. *Drittens* könnte die deutsche Politik am ehesten vom nordischen (und insbesondere finnischen) Pragmatismus lernen. Inwiefern bundesdeutsche Parteien unter den institutionellen Bedingungen der verflochtenen Verhandlungsdemokratie aber auf »vote-seeking« Strategien verzichten und – jenseits persönlicher und historisch bedingter Animositäten – der Parteienwettbewerb auf »policy-seeking« umschwenken kann, dies bleibt eine offene Frage im Wahljahr 2013.